

Außenpolitische Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei nach 1945 im Spannungsfeld des Ost-West-Konflikts

Die außenpolitische Bündnispolitik der Tschechoslowakei nach 1945

Der tschechoslowakische Exilpräsident Eduard Beneš kam direkt von Moskau ins ostslowakische Kaschau/Košice, wo er am 4. April 1945 auf Grundlage des *Kaschauer Regierungsprogramms* die erste tschechoslowakische Nachkriegsregierung bildete. Der proklamierten *Nationalen Front* gehörten von tschechischer Seite die Kommunisten, Volkssozialisten, Sozialdemokraten und Vertreter der Volkspartei an, von slowakischer die Kommunisten und Vertreter der Demokratischen Partei. Die bürgerlichen rechten Parteien, die in der Zwischenkriegszeit das politische Leben der Ersten Tschechoslowakischen Republik mitbestimmt hatten, dazu zählten vor allem die Agrarier und Nationaldemokraten, wurden der NS-Kollaboration beschuldigt und verboten. Innerhalb der *nationalen Front* formierten sich Kommunisten, Volkssozialisten und Sozialdemokraten zum *Sozialistischen Block*, der sich rasch zum bestimmenden Faktor in der tschechoslowakischen Innenpolitik entwickeln konnte, wobei die Kommunisten über den effizientesten Parteiapparat verfügten, der vor allem in den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten auf breite Zustimmung der Bevölkerung stieß. Zum ersten Regierungschef der Tschechoslowakei wurde der Sozialdemokrat Zdeněk Fierlinger ernannt, der während des Zweiten Weltkriegs als Botschafter der Tschechoslowakei in Moskau tätig war. Fierlingers Stellvertreter war der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Klement Gottwald, unter dessen Leitung seinerzeit das *Kaschauer Regierungsprogramm* ausgearbeitet worden war. Neben Gottwald waren aus der Reihe der Kommunisten noch Václav Nosek als Innenminister, Václav Kopecký als Informationsminister, Šoltész als Arbeitsminister und Julius Ďuriš als Landwirtschaftsminister in der neuen Regierung vertreten. Zusätzlich zu den drei Ministerposten hatten die Kommunisten mit General Ludvík Svoboda einen Erfolgsmann im Verteidigungsministerium und mit Zdeněk Nejedlý einen namhaften Parteiideologen im Unterrichtsministerium sitzen. Neben Svoboda und Nejedlý war Vladimír Clementis als Staatssekretär der zweite Mann im tschechoslowakischen Außenministerium. Die Zielsetzung der tschechoslowakischen Außenpolitik war unter Jan Masaryk weitgehend durch das *Kaschauer Regierungsprogramm* vorbestimmt worden, in dem unter Pkt. 4 die außenpolitischen Parameter konzeptionell im *Geiste slawischer Freundschaft* festgelegt worden waren. Die Anbindung der tschechoslowakischen Interessen an das außenpolitische Konzept der Sowjetunion folgte in erster Linie den gemeinsamen Sicherheitsinteressen gegenüber Deutschland. Parallel zur Anbindung an die Sowjetunion, die von den Vertretern der Parteien der Nachkriegsjahre auch nicht in Zweifel gestellt wurde, blieb die Tschechoslowakei nach 1945 auch ein Teil der Anti-Hitler-Koalition, was ihr den Zugang zur internationalen Politik, und dabei vor allem zu den westlichen Koalitionspartnern, garantieren sollte. Die tschechoslowakische Außenpolitik war wie schon 1918/19 auf eine Angleichung der eigenen Interessen an die Interessenskonvergenzen der Großmächte ausgerichtet. Damit sollte in einem möglichen Konfliktfall vermieden werden, dass die Tschechoslowakei ähnlich wie beim Münchner Abkommen vom September 1938 gezwungen worden war, ihre nationale Sicherheitspolitik den divergierenden Zielsetzungen der damaligen europäischen Großmächte unterzuordnen. Masaryk war aufgrund der historischen Erfahrungen um eine konzentrierte Bündnispolitik bemüht, die darauf ausgerichtet war, die politischen und ökonomischen Beziehungen zu den ost- und südosteuropäischen Staaten auf durch das Bündnis mit der Sowjetunion zu intensivieren und parallel zu dieser Entwicklung die Kontakte zum Westen weiter zu entwickeln. Die Beziehungen zum Westen konzentrierten sich vornehmlich auf die Wirtschaft. So war die Tschechoslowakei 1947 als einziger Staat des ost- und südosteuropäischen Bündnisses dem GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) beigetreten. Gerade in den ersten drei Nachkriegsjahren versuchte die Tschechoslowakei als Brückenkopf zwischen Ost und West „ihre Außenpolitik auf die Anti-Hitler-Koalition zu gründen.“ Als jedoch im Dezember 1947 der Außenministerrat bei seiner Konferenz in London keine Einigung in der *deutschen Frage* erzielen konnte, was in weiterer Folge zu einem Auseinanderbrechen der Interessenskonvergenzen der Anti-Hitler-Koalition führte, sah sich die Tschechoslowakei gezwungen, ihre außenpolitische Doppelstrategie aufzugeben. Mit dem Entschluss der USA und Großbritanniens, Deutschland in das wirtschaftliche Wiederaufbauprojekt für Europa zu integrieren, wurden die Beziehungen der Tschechoslowakei zu den westlichen Partnern der Anti-Hitler-Koalition dem Verhältnis der USA und Großbritanniens zur Sowjetunion angepasst. Bereits 1947 waren die bilateralen Beziehungen der USA und Großbritanniens zu den sowjetischen Bündnispartnern in Ost- und Südosteuropa auf ein Minimum reduziert worden. Lediglich die französische Regierung be-

mühte sich noch bis Ende 1947 um eine Kontinuität ihrer Beziehungen zur Tschechoslowakei, für diese aber nach dem Coup de Prague Anfang 1948 endgültig ein. Für Alte war letztlich verkörpert das ost- und südosteuropäische Sicherheitssystem zumindest in Ansätzen jenes von der Tschechoslowakei favorisierte, multilaterale Sicherheitssystem, das nach Meinung der tschechoslowakischen Außenpolitik die Souveränität und territoriale Integrität der Tschechoslowakei am besten gewährleisten konnte. Die Abstimmung der tschechoslowakischen Außenpolitik an die sicherheitspolitischen Interessen der sowjetischen Hegemonialmacht förderte auf Ebene der Innenpolitik schrittweise die Sowjetisierung der ökonomischen und gesellschaftlichen Ordnungsprinzipien in der Tschechoslowakei. Dieser Transformationsprozess war nicht nur durch das Bündnis mit der Sowjetunion von außen gesteuert, sondern im eigenen Land durch den Wahlerfolg der Kommunisten vom 26. Mai 1946 beschleunigt worden. Die Sozialdemokraten, die großen Verlierer dieses Wahlgangs, mussten das Amt des Ministerpräsidenten an die Kommunisten abgeben. In dieser heiklen Situation drohten die Sozialdemokraten in einen linken und rechten Flügel zu zerbrechen. Während Fierlinger parteiintern für eine stärkere Anbindung an die Kommunisten plädierte, trat Industrieminister Laušman für einen vom Kommunismus unabhängigen sozialdemokratischen Weg ein. Beim Parteitag in Brünn/Brno im November 1946 konnte sich der rechte Flügel behaupten und die Absetzung Fierlingers als Parteivorsitzender durchsetzen. Damit verstärkten sich aber die Spannungen innerhalb der Regierung, die nicht nur mit den Folgen der Missernte von 1947 beschäftigt war, sondern in der Diskussion um die Teilnahme am Marshall-Plan sogar zu zerbrechen drohte. Moskau hatte der Staatsführung in Prag signalisiert, dass man eine Teilnahme am Marshall-Plan als einen aggressiven Akt gegen das Bündnis mit der Sowjetunion ansehen würde. Die Auseinandersetzung in der Regierung eskalierte, nachdem sich das Innenministerium geweigert hatte, die Ablöse von acht höheren Polizeibeamten durch kommunistische Parteigänger rückgängig zu machen. 12 Minister reichten daraufhin bei Präsident Beneš ihre Demission ein, um eine Regierungsumbildung zu erreichen. Mit Beneš war im Vorfeld der Demission abgesprochen worden, dass er die Rücktritte nicht annehmen werde und als Alternative eine Regierung ohne Kommunisten oder zumindest als Übergangsregelung bis zum nächsten Wahltermin eine Beamtenregierung vorschlagen werde. Ministerpräsident Gottwald verfügte aber trotz der Rücktritte im Parlament über eine knappe Regierungsmehrheit, weil Masaryk und Svoboda als parteilose Minister in ihren Ämtern blieben und weitere vier sozialdemokratische Minister des linken Parteiflügels mit ihrer Demission zögerten. Die regierungsinterne Opposition gegen Gottwald war damit gescheitert. Die Kommunisten nutzten diese Schwäche und riefen zum Generalstreik gegen die Reaktion auf. Beneš fürchtete den Ausbruch eines Bürgerkriegs und sah sich gezwungen, die Rücktritte der 12 Minister anzunehmen, die dann von Gottwald zum großen Teil mit Kommunisten besetzt wurden. Damit war endgültig der Weg für die Transformation der Tschechoslowakei zu einem totalitären Regime und die Anbindung an das sowjetische Bündnissystem frei geworden.

Österreichs Neuanfang und außenpolitische Orientierung

Die Sowjetunion hatte nach der Eroberung Wiens am 13. April 1945 durch die 3. Ukrainische Front unter Marschall Fedor J. Tolbuchin sehr rasch in ihrem Einflussbereich, zu dem nach dem Zonentausch vom Juli 1945 schließlich neben Niederösterreich und dem Burgenland auch das Mühlviertel in Oberösterreich gehörten, eine Provisorische Staatsregierung unter Leitung von Karl Renner eingerichtet. Dieser Schritt wurde in der österreichischen Geschichtsschreibung bis in die jüngste Gegenwart als konsequente Umsetzung der *Moskauer Deklaration* vom 1. November 1943 interpretiert, in der beim Außenministertreffen der drei Hauptalliierten die Wiederherstellung eines unabhängigen Österreichs als eines der Kriegsziele festgelegt worden war. Forschungen in anglo-amerikanischen Archiven seit den 1980er Jahren relativierten jedoch die historische Tradition der Geschichtsschreibung der österreichischen Nachkriegszeit. Demnach diente die *Moskauer Deklaration* vor allem propagandistischen Zwecken, um den österreichischen NS-Widerstand zu unterstützen und den Widerstandswillen in der Bevölkerung zu stärken. Die von den USA seit 1942 entwickelten Pläne für eine europäische Nachkriegsordnung beschrieben die österreichische Selbständigkeit im Kontext der Zwischenkriegszeit und demnach als Risiko für die Stabilität Mitteleuropas. Die Erste Republik galt in den Augen der amerikanischen Analytiker als ein Staat, der nicht in der Lage gewesen war, eigenständig zu überleben. Die Wiedererrichtung der österreichischen Unabhängigkeit wurde daher mit großer Skepsis begegnet und abgelehnt. Anstelle der Wiederherstellung der staatlichen Souveränität verfolgte die USA das Modell einer Donauföderation, der Österreich als integraler Bestandteil angehören sollte.

Bereits unmittelbar nach der Eroberung Wiens reorganisierte sich die österreichische Parteienlandschaft aus dem personellen Erbe der Zwischenkriegszeit und des NS-Widerstandes. Am 14. April 1945 rekonstruierte sich unter der Federführung von Renner und Schärp die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) in Wien, am 17. April die Österreichische Volkspartei (ÖVP), die sich aus dem Zusammenschluss von ehemaligen Christlichsozialen und Landbund begründete und unter Einschluss des Wirtschafts- und Arbeitnehmerflügels (ÖAAB) eine taktische Distanz zur katholischen Kirche wahrte. Ebenfalls am 17. April organisierte sich die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) mit einer nach Moskau ausgerichteten ideologischen Diktion. Mit der Unabhängigkeitserklärung der Zweiten Republik vom 27. April 1945, die sich an die Verfassung der Ersten Republik von 1920 anlehnte, war auch der konstitutionelle Boden für die Arbeit der Provisorischen Staatsregierung unter Renners Führung geebnet worden. Dem ersten Kabinett Renners gehörten zehn Vertreter der SPÖ, neun der ÖVP, sieben der KPÖ und drei parteiunabhängige Vertreter an. Sie war damit die größte Regierung in der bisherigen Geschichte der Zweiten Republik. Renners Regierung wurde jedoch nur von der Sowjetunion anerkannt und blieb in ihrer Machtausübung vorerst auf den sowjetischen Machtbereich beschränkt. Renner galt bei den Westalliierten als eine von Moskau gesteuerte Marionette, der man mit größter Skepsis begegnete. Eine große Rolle in der vorsichtigen Einschätzung Renners durch die Westalliierten spielte sicherlich sein bereitwilliges *Ja* zum Anschluss Österreichs an das Dritte Reich. Und jetzt stand Renner in den Augen der Westmächte in der Reihe jener Präsidenten und Regierungschefs Ost- und Südosteuropas, die mit Duldung Stalins eingesetzt wurden. Renners Kabinett fehlte außerdem die Zustimmung der Bundesländer, die sich gegen den von der SPÖ favorisierten Wiener Zentralismus und gegen die Regierungsbeteiligung der Kommunisten heftig wehrten. Erst am 24. September 1945 war es Renner bei der Landeshauptleutekonferenz gelungen, die Zustimmung der westlichen Bundesländer für sein Kabinett zu bekommen. Bestärkt durch das Votum der Bundesländer verfasste er am 28. September eine Denkschrift, in der er dem Alliierten Rat erklärte, dass die Provisorische Regierung nunmehr dazu berufen sei, „als Gesamtregierung Österreichs die Zivilverwaltung in allen Teilen Österreichs zu übernehmen.“ Als Renner am 20. Oktober vom Alliierten Rat empfangen wurde, erhielt er ein Memorandum überreicht, in dem zumindest eine De-facto-Anerkennung seiner Regierung für das gesamte Bundesgebiet ausgesprochen wurde. Mitentscheidend für diese Anerkennung war auch die Bestellung Grubers zum Unterstaatssekretär für Äußeres. Die Wahlen vom 25. November 1945 brachten für die ÖVP einen Überraschungssieg und mit 85 Mandaten die absolute Mehrheit. Figl folgte Renner als Regierungschef nach, der vom Parlament zum Staatspräsidenten gewählt wurde. In dieser Situation traf die ÖVP als führende Kraft eines vierfach besetzten Landes mit beschränkter Souveränität die Entscheidung, die mit der SPÖ und der KPÖ schon vor der Wahl gebildete Koalition weiter zu führen. Im ersten Kontrollabkommen vom 4. Juli 1945 war nämlich die Verpflichtung der Provisorischen Regierung festgelegt worden, jedes Gesetz dem Alliierten Rat vorzulegen.

Die KPÖ musste sich mit 5% der Wählerstimmen begnügen, was ihr lediglich 4 Mandate im Parlament sicherte. Andererseits übernahm mit Gruber im Kabinett Figl ein westlich orientierter Politiker die Leitung des Außenministeriums. Gruber war bereits bei den Verhandlungen zwischen Renner und den Vertretern der Länderkonferenz vehement gegen die kommunistische Regierungsbeteiligung aufgetreten. Mit der Teilnahme Österreichs am Marshall-Plan ab 1947 erfolgte die politische und wirtschaftliche Integration der Zweiten Republik in das westliche Bündnissystem. Mit einem Gesamtvolumen von 14. Milliarden US-Dollar sollte das *European Recovery Program* (Marshall-Plan) den Einfluss der Sowjetunion auf die ost- und südosteuropäischen Staaten beschränken und die europäischen Partner der USA ökonomisch stabilisieren.

Das österreichisch-tschechoslowakische Verhältnis nach 1945

Die Aufnahme proto-diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei konzentrierte sich nach Kriegsende auf das persönliche Engagement von Ferdinand Marek, der schon im April 1945 gemeinsam mit dem ehemaligen Honorargeneralkonsul Herbert Schallenberg beschlossen hatte, eine österreichische Vertretung in Prag aufzubauen. Marek war während der gesamten Kriegsjahre in Prag geblieben und unterhielt auch nach der Kapitulation des Dritten Reichs beste Kontakte

zu den Persönlichkeiten der tschechoslowakischen Innenpolitik. Zu seinen politischen Freunden zählte ebenso Präsident Beneš wie Außenminister Masaryk und Ministerpräsident Fierlinger. Mit dem Ausbruch des Prager Aufstands und der zwangsweisen Internierung von Deutschen setzte sich Marek für eine Unterscheidung zwischen Österreichern, Reichs- und Sudetendeutschen sowie für deren rasche Repatriierung ein. Im Eilverfahren wurden von Marek und seinen Mitarbeitern mündliche Prüfungen zur österreichischen Landeskunde durchgeführt, um die österreichische Identität jener tausenden Menschen zu überprüfen, die sich im und vor dem Gebäude der österreichischen Gesandtschaft in der Jungmanová versammelt hatten. Marek hatte aufgrund seiner tschechischen Beziehungen die Anerkennung dieser improvisierten Prüfungsverfahren erreicht. Elisabeth Marnegg, die Tochter Mareks, erinnerte sich in einem Beitrag für das Demokratiezentrum Wien an die Szenen, die sich damals in den Räumen der österreichischen Gesandtschaft abgespielt hatten:

„Papa hatte also durchgesetzt, dass die Österreicher aus den Lagern entlassen wurden und in die Gesandtschaft durften. Wir übernahmen das Gebäude um zehn Uhr vormittags – und zwei Uhr mittags stand ich vor der Aufgabe, die ersten 4000 Menschen zu verköstigen, darunter ungefähr 500 Kleinkinder, die teilweise, aus Hunger und Vitaminmangel oder sonstigen Gründen, schwarze, verrunzelte AffengesichterInnen hatten. Manche Männer und Frauen waren halb totgeprügelt. Die ganze Straße vor dem Haus bis hinunter zur Hauptstraße hockten hunderte, bald tausende Menschen, die hofften, eingelassen zu werden. (...) Papa requisitionierte zwei gegenüberliegende Schulen, denn schon am nächsten Tag lagerten fast 10.000 Menschen auf Gängen, Stiegen, Böden.“

Am 23. Mai 1945 wurde Marek dann völlig überraschend von der sowjetischen Spionageabwehr verhaftet und verhört worden. Ihm wurde vorgeworfen, während des Zweiten Weltkriegs Kollaborateur des NS-Regimes gewesen zu sein. Marek war wegen der jüdischen Herkunft seiner Frau von der Gestapo erpresst und als Geheimagent für Recherchen über die Außenpolitik der USA, der Schweiz, Rumäniens und Bulgariens angeworben worden. Im Gegenzug wurde Marek versichert, dass seinen beiden Kindern nichts geschehen würde. Marek verstarb schwer krank am 4. Mai 1947 in einem Moskauer Gefängnis-Krankenhaus. Über Mareks Leistungen als österreichischer Diplomat hatte bereits Jahre zuvor Renner am 22. Mai 1945 im österreichischen Parlament geurteilt:

„Mit einer Bravour ohnegleichen und mit höchster Verantwortung habe Dr. Marek geradezu putschartig eine De-facto-Gesandtschaft Österreichs auf die Beine gestellt, deren Anerkennung beim tschechischen Nationalrat durchgesetzt, dass Österreicher nicht als Deutsche, sondern als angehörige eines befreundeten Staates zu behandeln seien; er verschaffte der rot-weiß-roten Kokarde in den aufgewählten Straßen Respekt, holte aus den Lagern und Gefängnissen Tausende von österreichischen Soldaten, rettete sie vor Schimpf und Schande und dem bittersten Tod – es muss also in Prag sehr übel zugegangen sein - , versorgt sie und ist unablässig bemüht, sie aufzurichten und heimzuführen.“

Die positiven Nachkriegsbeziehungen zwischen Wien und Prag bildeten für den Ausbau bilateraler Wirtschaftskontakte eine wichtige Voraussetzung. Bereits im September 1945 verfolgt Gruber als Unterstaatssekretär massiv das Zustandekommen eines bilateralen Wirtschaftsabkommens und reiste dafür Mitte Dezember nach Prag, wo er in freundschaftlicher Atmosphäre Gespräche mit Beneš, Fierlinger und Masaryk führen konnte. Besonders Masaryk galt als ausgesprochen österreichfreundlich und als Befürworter der österreichischen Souveränität. Die österreichische Wirtschaft litt unter den Engpässen der heimischen Energieversorger und hatte ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg ein vitales Interesse an Kohleimporten aus der Tschechoslowakei. Gruber erreichte in Prag den Abschluss eines wirtschaftlichen Kompensationsabkommens, das Österreich die Versorgung mit Heiz- und Industriekohle sicherte. Auch auf dem privatwirtschaftlichen Sektor entwickelte sich ein reger Handel zwischen den beiden Ländern. Österreich Exportwirtschaft wickelte 1946 ungefähr zwei Drittel seines Osthandels mit der Tschechoslowakei ab. Österreich gehörte damit neben der Sowjetunion, den USA und der Schweiz zu den größten Abnehmern tschechoslowakischer Waren. In Wien wurde sogar ernsthaft über die Idee zur Errichtung einer österreichisch-tschechoslowakischen Zollunion diskutiert, die aber wegen der unterschiedlichen ideologischen politischen Entwicklungen in beiden Ländern bereits 1947 wieder aufgegeben werden musste. Die engen wirtschaftlichen Verflechtungen konnten selbst nach dem *Coupe de Prague* auf relativ hohem Niveau aufrecht erhalten bleiben. Immer unterzeichneten beide Länder schon Monate nach dem politischen Umbruch in Prag im Herbst 1948 ein neues Handelsabkommen.

Abseits der wirtschaftspolitischen Schiene stellten die Vertreibung und Aussiedlung der sudetendeutschen Bevölkerung eine Belastung der zwischenstaatlichen Beziehungen dar. Österreich sah wirtschaftlich sich nicht in der Lage, die vertriebenen Sudetendeutschen zu versorgen und legte Protest bei der tschechoslowakischen Regierung in Prag ein. Renner drohte sogar mit der Aussiedlung der tschechischen Bevölkerung Wiens, sollten weiterhin Sudetendeutsche über die Grenzen nach Österreich vertrieben werden. Auf die Engpässe in der Versorgungslage wies auch Leopold Figl als damaliger Vertreter der österreichischen Bauernschaft hin und unterstrich seine ablehnende Haltung gegen eine Aufnahme der vertriebenen Sudetendeutschen mit politischen Motiven aus der NS-Vergangenheit. Nach Figl hätten „alle deutschsprechenden Menschen in der Tschechoslowakei für Deutschland“ optiert, weshalb „alle diese Leute nach Deutschland und nicht nach Österreich“ abgeschoben werden sollten. Auf derselben Argumentationslinie bewegte sich auch Renner, indem er die deutschen Bevölkerung aus dem südmährischen Raum pauschal als Nationalsozialisten bezeichnete: „Die deutschen Südmährer sind für uns eine große Verlegenheit. Der große Teil der Bevölkerung dieser Gegend besteht aus Nationalsozialisten und sie sind, wenn sie zu uns herüber kommen, gleichfalls eine Gefahr.“ Dennoch spielte bei Renner in der Beurteilung der Situation der Vertriebenen die eigene südmährische Herkunft zumindest unterhalb der politischen Oberfläche eine Rolle, wenn er nämlich darauf aufmerksam machte, „dass ein Teil von ihnen Österreicher waren und Österreicher sind.“ Ansonsten war die österreichische Politik darauf ausgerichtet, die außenpolitischen Beziehungen mit Prag nicht zu gefährden und stelle klar, dass es sich bei diesem Thema ausschließlich um eine Angelegenheit der Tschechoslowakei handelt. Außenminister Gruber fasste diesen Konsens der österreichischen Innenpolitik, der von keiner Partei wirklich in Frage gestellt wurde, gegenüber Prag so zusammen: „Es waren Leute, die Ihnen immer Schwierigkeiten bereitet haben und sie jedem bereiten würden. Es ist natürlich, dass Sie sie loswerden wollen. Ich versichere Ihnen, dass ich und unsere gesamte Regierung dieses Problem in gleicher Weise beurteilen.“

Die Verschiebung der machtpolitischen Verhältnisse in der Tschechoslowakei nach dem *Coup de Prague* hatte eine Reihe direkter Auswirkungen auf die geostrategische und militärpolitische Konstellation in Mitteleuropa, von der auch Österreich betroffen war. Einerseits befürchteten die USA eine Folgewirkung in westeuropäischen Ländern mit einer relativ starken kommunistischen Parteipräsenz wie Italien oder Frankreich, andererseits unterstrich man in Washington und London die Notwendigkeit einer verstärkten militärischen Präsenz in Mittel- und Westeuropa. Von diesen Maßnahmen des westlichen Bündnisses war auch Österreichs außenpolitische Zukunft betroffen.